

**V-01-Neu** Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 12.06.2023  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Verschiedenes

## Antragstext

1 Migration ist eine Konstante menschlicher Gesellschaften. Sie ist und war stets  
2 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von  
3 Austausch und Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Ob sie freiwillig  
4 geschieht oder erzwungen wird, aus Furcht um das eigene Leben geschieht oder auf  
5 der Suche nach einer guten Zukunft – sie ist eine Gestaltungsaufgabe für die  
6 Politik. Sie bietet Chancen und bringt Herausforderungen mit sich. Wir stellen  
7 uns dieser Aufgabe. Wir buchstabieren aus, wie wir die Lage von Migrant\*innen  
8 und Geflüchteten verbessern und die aufnehmenden Städte und Kommunen  
9 wirkungsvoll entlasten können.

10 Aktuell sind wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft mit der größten  
11 Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert: Der völkerrechtswidrige  
12 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Millionen Menschen aus ihrer Heimat  
13 vertrieben. Viele Menschen haben Zuflucht auch in Deutschland gefunden.  
14 Gleichzeitig kommen auch wieder viele Menschen aus anderen Ländern nach Europa  
15 und suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg, die größten Gruppen aus Syrien und  
16 Afghanistan.

17 Bund, Länder und Kommunen – nicht zuletzt aber auch unzählige Freiwillige –  
18 haben in einem gemeinsamen Kraftakt geflüchtete Menschen aufgenommen und  
19 versorgt. Allen, die mit großem persönlichen Einsatz zum Gelingen dieser  
20 riesigen Herausforderung beigetragen haben, danken wir. Unsere Aufgabe ist es  
21 nun, langfristige und zuverlässige Lösungen zu finden. In vielen Städten und  
22 Kommunen ist Wohnraum knapp, Lehrkräfte und Kinderbetreuungsplätze fehlen oder  
23 die Mitarbeitenden in den Behörden sind überlastet. Wir wollen diesen  
24 Herausforderungen mit wirksamen Ansätzen begegnen.

### 25 **Entlastungen vor Ort schaffen, Integration fördern**

26 Kommunen und Städte tragen die größte Verantwortung bei der Versorgung und  
27 Unterbringung geflüchteter Menschen. Hier findet Integration konkret statt. Hier  
28 entscheidet sich die Erlebbarkeit, dass diese Aufgabe leistbar ist. Wir stehen  
29 bei der Bewältigung der Aufgaben für eine faire Lastenverteilung zwischen Bund,  
30 Ländern und Kommunen. Dabei ist für uns zentral, dass die Kommunen  
31 Planungssicherheit haben. Wir wollen, dass der Bund sich zuverlässig und  
32 solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Daher braucht es langfristige  
33 Finanzausgaben. Das gilt insbesondere für die Kosten der Integrationsmaßnahmen  
34 und der Unterbringung. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch  
35 dort ankommen, wo sie benötigt werden – nämlich vordringlich in den besonders  
36 belasteten Kommunen und Städten. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass  
37 dauerhaft Unterbringungsplätze vorgehalten werden, um bei Bedarf handlungsfähig  
38 zu sein, denn Gründe für Flucht werden uns auch in der Zukunft dauerhaft  
39 begleiten. Kurzfristig muss der Bund den Kommunen wo möglich unter die Arme

40 greifen, indem er Liegenschaften des Bundes zur Verfügung stellt. Dabei legen  
41 wir den Schwerpunkt auf kleinere und dezentrale Unterkünfte, in denen Teilhabe  
42 und Integration besser möglich ist. Menschen, die bereits Familienangehörige  
43 oder andere Anknüpfungspunkte haben, sollen bei ihnen oder in deren Nähe  
44 unterkommen können. Hierfür bedarf es gesetzlicher Änderungen. Damit entlasten  
45 wir den Wohnungsmarkt und fördern die Integration von Beginn an.

46 Für uns steht eine echte Integrationsoffensive im Zentrum unseres politischen  
47 Handelns. Wir investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
48 stellen dadurch sicher, dass Migrant\*innen sich schnell bei uns einleben und  
49 Geflüchtete schnell Teil der Gesellschaft werden. Für einen schnellen Zugang zu  
50 Integrations- und Sprachkursen müssen diese flächendeckend angeboten werden  
51 können. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse in den  
52 Blick, indem wir beispielsweise Kinderbetreuung anbieten und damit auch  
53 betreuenden Eltern die Teilnahme ermöglichen. Erst-Orientierungskurse müssen in  
54 ausreichender Zahl angeboten werden. Den wachsenden Bedarf an Schul- und  
55 Kitaplätzen zu decken, ist eine große Aufgabe für alle politischen Ebenen. Wir  
56 wollen an einer guten Ausstattung mit Lehrer\*innen und Assistenzkräften, die als  
57 Sprach- und Integrationsmittler\*innen unterstützen, arbeiten. Mit dem Kita-  
58 Qualitätsgesetz unterstützen wir seitens des Bundes die Kommunen. Einen  
59 frühzeitigen Zugang zum Gesundheitswesen wollen wir unbürokratisch  
60 gewährleisten. Solange dies noch nicht erfolgt ist, könnte zunächst an die  
61 positiven Erfahrungen einiger Länder angeknüpft werden, die eine  
62 Gesundheitskarte für Asylbewerber\*innen eingeführt haben. So entlasten wir die  
63 Behörden und stärken die medizinische sowie psychotherapeutische Versorgung. All  
64 das kostet Geld, doch dieses Geld ist gut investiert und trägt dazu bei, dass  
65 Geflüchtete kürzer auf Sozialleistungen angewiesen sind und schneller  
66 erfolgreich am Arbeitsmarkt teilhaben können.

## 67 **Moderne Strukturen für ein modernes Einwanderungsland und einen** 68 **zukunftsfesten** 69 **Arbeitsmarkt**

69 Deutschland ist ein Einwanderungsland und sucht händeringend nach Fach- und  
70 Arbeitskräften. Egal ob in der Industrie, der Wissenschaft, im Gesundheitswesen  
71 oder der Gastronomie. Wir ermöglichen Zuwanderung gerade in diesen Branchen und  
72 stärken so unseren Wirtschaftsstandort. Gleichzeitig wollen die meisten  
73 Geflüchteten arbeiten, dürfen es aber nicht. Das wollen wir ändern. Für die  
74 Wahrung unseres Wohlstands und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft,  
75 gerade auch der vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland, liegt hier  
76 erhebliches Potenzial, das wir heben wollen und müssen. Hinzu kommt: Ein  
77 frühzeitiger Zugang zum Arbeitsmarkt sichert Teilhabe, fördert Integration und  
78 sorgt dafür, dass Menschen einen eigenen Beitrag zur Deckung ihrer  
79 Lebenshaltungskosten leisten können. Deshalb wollen wir Arbeitsverbote aufheben.  
80 Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und beruflichen Erfahrungen  
81 wollen wir vereinfachen und beschleunigen, Unterstützungs- und  
82 Qualifizierungsangebote ausweiten. Den sogenannten Spurwechsel in die  
83 Arbeitsmigration wollen wir vereinfachen. Das neu eingeführte Chancen-  
84 Aufenthaltsgesetz ist beispielgebend, weitere Reformen müssen folgen. Mit der  
85 Novelle des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz  
86 gehen wir in der Bundesregierung weitere bedeutende Schritte.

87 Eine wichtige Ressource zur Entlastung der Verwaltung liegt in der Vereinfachung  
88 von Verfahren. Indem wir sie modernisieren, entbürokratisieren, digitalisieren  
89 und zwischen Bundesländern angleichen, sparen wir unnötige Arbeit ein und  
90 schaffen dadurch zusätzliche Kapazitäten. Gleichzeitig helfen wir den  
91 Schutzsuchenden: Sie bekommen schnell Gewissheit. Ein wichtiger Schlüssel dafür  
92 liegt in der Verlängerung der Geltungsdauer für Visa zur Erwerbs- und  
93 Bildungsmigration sowie der Dauer von Aufenthaltserlaubnissen. Darüber hinaus  
94 müssen die Einwanderungs- und Ausländerbehörden sowie andere  
95 Verfahrensbeteiligte, z.B. Verwaltungsgerichte, personell besser aufgestellt und  
96 mit zusätzlichen Mittel ausgestattet werden.

### 97 **Sichere Wege für Flucht und Migration schaffen**

98 Wir wollen sichere und legale Wege zur Arbeitsmigration und Flucht stärken. Wir  
99 setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit  
100 Staaten außerhalb der EU, die vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration  
101 eröffnen. Dafür werden wir auch die gesetzlichen Grundlagen der Visavergabe  
102 modernisieren und vereinfachen. Das schafft Planbarkeit – für die Betroffenen  
103 ebenso wie für die Kommunen, ihre Behörden und die Menschen vor Ort.

104 Den Familiennachzug wollen wir stärken, vereinfachen und beschleunigen. Damit  
105 tragen wir dem im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz der Familie Rechnung  
106 und fördern durch stabile Familienverhältnisse die Integration. Unserer  
107 besonderen Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie besonders  
108 gefährdeten Afghan\*innen und ihren Familien werden wir durch humanitäre Aufnahme  
109 und konsequente Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms gerecht. Sie sind auf  
110 Grund ihrer Arbeit etwa für die Bundeswehr, internationale Organisationen oder  
111 ihres Einsatz für Menschenrechte in Gefahr. Es ist am Bundesinnenministerium  
112 dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsinterviews nun aufgesetzt werden, damit das  
113 Bundesaufnahmeprogramm schnellstmöglich wieder aufgenommen wird.

114 Wir setzen auf eine Politik der Humanität und Ordnung. Mit tragfähigen  
115 Migrationsabkommen, die legale Wege der Zuwanderung aufzeigen, soll auch die  
116 Rücknahmebereitschaft in den Herkunftsländern erhöht werden. Denn nicht jeder  
117 Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Aber jeder Mensch, der bei uns Schutz  
118 sucht, hat Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller  
119 Prüfung. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen  
120 Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht  
121 erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen – sofern dem keine  
122 Abschiebehindernisse entgegenstehen. Dabei setzen wir vorrangig auf die  
123 freiwillige Rückkehr. Eine unverhältnismäßige Verschärfung von Abschiebe- und  
124 Abschiebehaftregeln lehnen wir ab. Der fortlaufenden Unsicherheit und  
125 Perspektivlosigkeit durch Kettenduldungen stellen wir uns entgegen. Menschen,  
126 die bereits in der Gesellschaft verwurzelt sind, müssen eine Chance auf ein  
127 dauerhaftes Bleiberecht bekommen.

128 Das Konzept der sicheren Herkunftstaaten finden wir falsch, denn es löst keine  
129 Probleme. Was hilft, ist alle Asylverfahren zu beschleunigen und die Qualität  
130 der Entscheidungen zu verbessern. Staaten, die den EU-Beitrittskandidatenstatus  
131 erhalten haben und deutliche Fortschritte bei Menschenrechten und  
132 Rechtsstaatlichkeit machen, können besonders betrachtet werden. Wir werden nicht  
133 mitmachen, wenn Staaten, die systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen,

134 als sicher eingestuft werden sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als  
135 sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ab.

136 Den Ruf nach einer stetigen Ausweitung von stationären Kontrollen an den  
137 Binnengrenzen stellen wir uns entschieden entgegen. Sie stehen dem Schengener  
138 Abkommen entgegen. Ein Europa ohne Schlagbäume ist ein wesentlicher Grundpfeiler  
139 der europäischen Idee. Binnengrenzkontrollen behindern die Freizügigkeit und  
140 verursachen enorme wirtschaftliche Schäden. Gerade für die Menschen in den  
141 Grenzregionen stellen die Kontrollen und damit verbundenen Staus eine enorme  
142 Belastung dar, ebenso wie für die eingesetzten Polizist\*innen. Gleichzeitig sind  
143 sie völlig ungeeignet, die Zahl der Asylanträge zu reduzieren, da Schutzsuchende  
144 nicht zurückgewiesen werden dürfen.

#### 145 **Ein starkes Europa der Menschenrechte**

146 Gemeinsam stehen wir für den Schutz von Menschenrechten, eine rechtebasierte und  
147 lösungsorientierte Flüchtlingspolitik und eine handlungsfähige Europäische  
148 Union. Wir stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer  
149 Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-  
150 Kinderrechtskonvention und dem internationalen Seerecht. Wir stehen für eine  
151 individuelle und inhaltliche Prüfung des Rechts auf Asyl in der EU. Wir stellen  
152 uns entschieden Versuchen entgegen, diese historischen Errungenschaften zu  
153 beschneiden.

154 Die derzeitige Lage an den europäischen Außengrenzen ist unhaltbar. Dabei kann  
155 es nicht bleiben. Deshalb waren wir im Europäischen Rat zuletzt auch zu sehr  
156 schwierigen Verhandlungen rund um eine Reform des Gemeinsamen Europäischen  
157 Asylsystems (GEAS) bereit – in einem sehr komplexen Umfeld mit weit  
158 auseinandergehenden und größtenteils restriktiven Positionen zwischen den  
159 verschiedenen EU-Mitgliedstaaten. Wir haben gemeinsam für eine Lösung in dieser  
160 schwierigen Situation gekämpft, um Humanität und Ordnung zu erreichen.

161 In der Einigung im Innenministerrat gibt es Verbesserungen, die ohne deutschen  
162 Einsatz in den Verhandlungen nicht zustande gekommen wären, zum Beispiel, dass  
163 allein reisende Kinder von den Grenzverfahren ausgeschlossen sein sollen, oder  
164 die Verankerung des Zugangs zu unabhängiger Rechtsberatung. Zudem soll künftig  
165 ein Solidaritätsmechanismus greifen, der Fortschritte bei der Verteilung von  
166 Geflüchteten bringt. Gleichzeitig konnten zentrale Punkte nicht erreicht werden.  
167 Denn obwohl die Verschärfung von Grenzverfahren, die wir kritisch sehen, geeint  
168 wurde, gibt es keinen verpflichtenden Verteilmechanismus und keine  
169 grundsätzliche Ausnahme für Familien mit Kindern in diesen Grenzverfahren.

170 Es handelt sich deshalb sicher nicht um einen „historischen Erfolg“, wie es etwa  
171 Bundesinnenministerin Nancy Faeser formuliert hat. Zugleich erkennen wir an,  
172 dass der Beschluss ohne deutschen Einsatz in den Verhandlungen ein schlechterer  
173 gewesen wäre. Die erzielte Einigung kann zentrale Anforderungen nicht erfüllen,  
174 die wir an eine Asylpolitik der Humanität und Ordnung stellen – gerade weil sie  
175 im EU-Kontext weitestgehend restriktiverer Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar  
176 waren. Das vorliegende Ergebnis ist von den Positionen unserer Partei weit  
177 entfernt. Gleichzeitig sehen wir das europapolitische Dilemma. In der  
178 Gesamtschau bewerten wir das Ergebnis unterschiedlich. Wir zollen unseren  
179 jeweiligen Meinungen großen Respekt und stehen fest zusammen beim gemeinsamen  
180 Vorhaben, weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der Situation für

181 Schutzsuchende um und in Europa zu kämpfen. Denn klar ist: Die Situation der  
182 Menschen, die in Europa Schutz suchen, muss deutlich besser werden.

183 Im weiteren Verfahren im Trilog zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und  
184 der Kommission setzen wir uns daher für Verbesserungen ein, etwa für den  
185 besseren Schutz von Familien mit Kindern und verpflichtende Verteilung.

### 186 **Geordnete Verfahren und europäische Solidarität verteidigen**

187 Eine faire und gesteuerte Verteilung kann nur gelingen, wenn Menschen  
188 zuverlässig bei der Einreise registriert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns  
189 kommt. Damit verhindern wir auch, dass Menschen ausgebeutet und entrechtet  
190 werden. Eine Verteilung von Geflüchteten kann nur funktionieren, wenn sich  
191 einzelne Mitgliedstaaten nicht einfach entziehen können. Dazu gehört auch, dass  
192 Verfahren fair und zügig durchgeführt, menschenrechtskonforme Lebensbedingungen  
193 sichergestellt und unkontrollierten Weiterreisen in andere europäische Länder  
194 vorgebeugt werden. Alle Mitgliedsstaaten müssen ihren fairen Beitrag leisten.  
195 Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation.  
196 Mitgliedsstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt,  
197 aber auch für ihre Verantwortung in die Pflicht genommen werden. Dazu zählt,  
198 dass sie finanziell entlastet werden. Die Finanzierung der libyschen  
199 Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und an Schlepperei beteiligt,  
200 muss ein Ende finden.

201 Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Menschen, die  
202 über einen Drittstaat in die EU einreisen, dürfen nicht einfach zurückgeführt  
203 werden – gerade wenn sie keine klare Verbindung, etwa berufliche oder familiäre  
204 Bezüge, zu diesem Land haben und nicht sichergestellt werden kann, dass sie dort  
205 in Sicherheit sind. Die Verankerung eines Verbindungselements ist daher von  
206 großer Bedeutung. Die rechtliche Ausgestaltung muss so erfolgen, dass die  
207 Regelung auch in der Praxis wirksam ist.

### 208 **Das Leid an den Außengrenzen beenden, Seenotrettung sichern**

209 Die aktuelle Situation an den Außengrenzen ist nicht akzeptabel. Unser Ziel ist  
210 es daher, das Leid schnellstmöglich zu beenden. Wir nehmen nicht hin, dass  
211 Menschen und insbesondere Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern

212 verharren und keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren haben. Die Versorgung  
213 mit medizinischen Gütern, psychologischer Betreuung und Lebensmitteln sowie der  
214 Zugang zu Rechtsberatung müssen stets sichergestellt sein. Hilfs- und  
215 Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und  
216 den Grenzregionen. Der illegalen Praxis von Pushbacks muss entschieden begegnet  
217 werden. Wir fordern die Europäische Kommission auf, gegenüber Mitgliedstaaten  
218 einzuschreiten, die diese rechtswidrige Praxis anwenden. Gleichzeitig muss ein  
219 wirksames, unabhängiges Menschenrechtsmonitoring dazu beitragen, dass  
220 rechtsfreie Räume an den Grenzen in Europa der Vergangenheit angehören. Die  
221 umfassende parlamentarische Kontrolle der EU-Agenturen und der  
222 Finanzierungsinstrumente für die externe Migrationspolitik müssen sichergestellt  
223 sein.

224 Wir wollen die europäische Seenotrettung stärken und das Sterben im Mittelmeer  
225 beenden. Jedes Jahr sterben Hunderte Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu  
226 überqueren. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Seenotrettung ist eine

227 völkerrechtliche Pflicht. Wir treten weiter für eine zivile, flächendeckende und  
228 europäische Seenotrettung ein. Die europäischen Staaten sind gemeinsam dafür  
229 verantwortlich, dass zivile Seenotrettungsorganisationen gefahrlos ihre Einsätze  
230 absolvieren können. Durch die Behinderung ihrer Arbeit, lange Fahrtwege und  
231 Spendeneinbrüche stehen die Seenotrettungsorganisationen auch finanziell unter  
232 Druck. Deswegen treten wir – neben unserem Einsatz für die Organisation einer  
233 staatlichen Seenotrettung – für die Verbesserung der staatlichen Unterstützung  
234 ziviler Organisationen ein. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den  
235 nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und  
236 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht verhindert  
237 und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Die von Seenotrettungsschiffen  
238 aufgenommenen Menschen müssen die Möglichkeit auf eine faire Überprüfung ihres  
239 Schutzanliegens haben.

#### 240 **Fluchtursachen bekämpfen**

241 Kernaufgabe bleibt es, die Ursachen für Flucht und Vertreibung anzugehen. Wir  
242 verfolgen eine Außenpolitik, die Diplomatie und Prävention von Konflikten in den  
243 Mittelpunkt stellt. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen von Menschen, die  
244 wegen Konflikten oder Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Die meisten von  
245 ihnen suchen Schutz in ihrem eigenen Land oder in Nachbarstaaten. Hier muss  
246 Europa handeln. Eine effektive und gut ausgestattete humanitäre Hilfe,  
247 Krisenprävention und Stabilisierung sind ebenso ein Schlüsselfaktor wie  
248 Entwicklungszusammenarbeit und die geregelte Aufnahme der verletzlichsten  
249 Gruppen. So können wir verhindern, dass Menschen sich auf gefährliche  
250 Fluchtrouten und in die Hände von Menschenschmugglern begeben müssen.

251 Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit kann einen Beitrag dazu leisten,  
252 Gesellschaften zu stabilisieren und Menschen eine wirtschaftliche und soziale  
253 Perspektive in ihrer Heimat zu geben. Sie an die Kooperation bei  
254 Migrationsfragen zu knüpfen, wie es Markus Söder fordert, schafft eher  
255 Fluchtgründe. Wir lehnen dies ab.

### **Begründung**

An den Antrag V-01 wurden durch den Bundesvorstand, aufgrund der neuen Entwicklungen zur GEAS-Reform Änderungsanträge gestellt und übernommen. Damit die Lesbarkeit des Antrages erhalten bleibt, wurde der Antragstext ab Zeile 145 geändert und teilweise umgestellt. Der so modifizierte Antrag des Bundesvorstandes wurde als dieser Antrag V-01-NEU hochgeladen.